

- 2 **ARBEITSKREIS AUS FACHSCHAFTSRÄTEN**
... wie ein Schreiben mehr Klarheit über den Semesterbeitrag schaffen soll.
- 4 **EINS, ZWEI, POLIZEI ...**
... wie Recht und Ordnung intern mit Unrecht und Unordnung umgeht.
- 5 **BACK TO THE CINEMA**
... wie Christopher Nolan uns im Kino durch die Zeit reisen lässt.
- 6 **ZWEIERLEI MASS...**
... wie unterschiedlich die Polizei mit Demonstrant:innen umgeht.



We are closed: Studierende sollen in ihren Herkunftsländern bleiben.

Bild: bena

LEHRE

Einreisestopp für Studis

Visa sind in Deutschland nicht für Studierende erhältlich, für die keine Präsenzpflcht an den Universitäten besteht.

Ein Auslandssemester muss von langer Hand geplant sein und benötigt eine Menge Vorbereitung. Normalerweise kann sich der oder die Glückliche auf eine Flut neuer Erfahrungen freuen und eine Zeit lang in eine andere Kultur und Lehre eintauchen, um den eigenen Horizont zu erweitern. Eine globale Pandemie kommt da

sehr ungelegen, denn sie verhindert all das, was ein Studium im Ausland so attraktiv macht.

Als wäre dieses ungünstige Schicksal nicht schon schwer genug, kommt nun noch hinzu, dass ausländische Studierende, die nicht nachweisen können, dass sie auch an Präsenzlehre an ihrer Uni teilnehmen müssen, kein Visum von der Bundesregierung erhalten werden. Vor kurzer Zeit war dies der Plan der USA und die Empörung in Deutschland und anderen Ländern war groß, weshalb diese zurückruderten, doch jetzt soll diese Maßnahme plötzlich alternativlos geworden sein. Darüber mehr in dieser Ausgabe.

:Die Redaktion

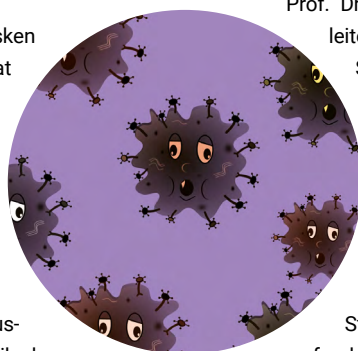
➔ MEHR AUF SEITE 2

FORSCHUNG

Corona '2.0

Fieber, trockener Husten und Müdigkeit – diese Symptome gehören zu der Krankheit, die das alltägliche Leben komplett auf den Kopf stellt: Covid-19. Die Wissenschaft arbeitet an Lösungen.

AHA! Abstand, Hygiene und Alltagsmasken dienen dem Menschen zum Schutz. So hat eine Studie von Bochumer Forscher:innen herausgefunden, dass genau dies die Infektionsrate minimieren kann. Dabei haben Länder, in denen diese Regeln im Zeitraum vom 1. Juni bis zum 20. August eingehalten wurden 13,6-mal weniger Todesfälle, die an der Infektion gestorben sind, als Länder, in denen die Regeln nicht ordnungsgemäß ausgeübt wurden. Insgesamt nahmen 7.658 Teilnehmer:innen aus acht verschiedenen Ländern an der Studie des Forschungs- und Behandlungszentrums der Ruhr-Universität



Bochum teil. Bei dieser Studie zeigte sich auch, dass vor allem die Menschen in Deutschland sich an die Verhaltensregeln halten.

Und auch wenn die Corona-Proteste etwas anderes suggerieren, empfinden unter den befragten Deutschen 94 Prozent die Regeln für sinnvoll und zeigen eine hohe Bereitschaft zur Einhaltung dieser. Ebenso fühlen sie sich aufgrund des gesellschaftlichen Zusammenhalts stärker mit den Menschen im Land verbunden.

Prof. Dr. Jürgen Margraf, der das Forschungszentrum leitet und die Studie zusammen mit Prof. Dr. Silvia Schneider und Privatdozentin Dr. Julia Brailovskaia durchführte, ist sich sicher: „AHA-Regeln sind unsere wichtigsten Waffen im Kampf gegen Covid-19“, so das Fazit von Jürgen Margraf. „Gemeinsam haben wir mit ihrer Hilfe die Pandemie eingedämmt. Wenn wir sie weiterhin befolgen, retten wir Menschenleben und die wirtschaftliche Erholung.“ Wer mehr zu der Studie wissen möchte und ob Mundspülungen helfen können, kann sich hier durchklicken: tinyurl.com/CoronaMundspuelung und tinyurl.com/Vehaltensregeln

:Abena Appiah

:bszank – Die Glosse

Nichts ist so gewiss wie die Ungewissheit. Sei es beim Warten, wie lang die Verspätung der Bahn ist, beim Gang vor die Tür im strahlenden Sonnenlicht, was schnell und unvorhersehbar zu Sturm und Eisregen wechseln kann, oder aber im Berufsleben ... so weiß es zumindest die Bundeswehr: „Unsichere Zeiten? Zeit für nen sicheren Job!“, heißt es auf den neuen Bundeswehr Plakaten. Und wenn uns eins gezeigt hat, wie unsicher die Bevölkerung gerade ist, dann ja wohl die Bilder, die sich vergangene Woche vor dem Reichstagsgebäude gezeigt haben. Perfekter Zeitpunkt, um diese „besorgten Bürger:innen“ für die Bundeswehr zu gewinnen. Bei der Polizei wurden Anforderungen an Bewerber:innen in der vergangenen Zeit mehr und mehr runter geschraubt, also warum nicht auch alle, die gerade unsicher sind, zur Bundeswehr holen? Ist doch egal, ob irgendwer für den Job gemacht ist. Hauptsache sie haben Bock und Angst. :fufu

➔ BESUCHE UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr im Internet unter:
Website | bszonline.de
Facebook | :bsz
Twitter | @bszbochum
Instagram | @bszbochum

SEMESTERBEITRAG

Solidarität ist keine Einbahnstraße

Ein Arbeitskreis aus Mitgliedern verschiedener Fachschaftsräte verfasste ein Schreiben an das Akafö, in welchem um genauere Informationen zum kommenden Semesterbeitrag gebeten wird.

Für viele waren die letzten Monate eine schwere Zeit. Auch Studierende litten und leiden unter der Corona-Pandemie und den Maßnahmen, die zu ihrer Eindämmung nötig sind. Bereits schwierige finanzielle Situationen wurden durch das Wegfallen vieler 450 Euro Jobs, die zu großen Teilen von Schüler:innen und Studierenden in Anspruch genommen werden, noch verschlimmert. Staatliche Unterstützung wurde, wenn überhaupt in Form von Krediten oder der bürokratisch aufwendigen Soforthilfe angeboten. Neben den im Alltag anfallenden Kosten steht bald auch wieder die Zahlung des Sozialbeitrags – dieses Mal in Höhe von 335,09 Euro – an. Warum dieser Beitrag trotz eines eingeschränkten Angebots praktisch gleich hoch zum Vorsemester bleibt, wollten nun ein paar Studierende aus dem Fachschaftsrat Philosophie genau wissen, und wendeten sich um Unterstützung suchend an andere FSRe. Nach und nach kam so ein Arbeitskreis bestehend aus 25 Fachschaftsräten zusammen und ein gemeinsames Schreiben an das Akafö zustande.

In diesem Schreiben, welches von den im Arbeitskreis gewählten Sprecher:innen ausgearbeitet und gemeinsam

mit allen Mitgliedern finalisiert wurde, wenden sie sich direkt an das Akafö, und erklären eingangs ausführlich die Schwierigkeiten, mit denen sich viele Studierende konfrontiert sehen. Ausführlich verglichen mit denen anderer Studierendenwerke wird daraufhin der Teil des Sozialbeitrags, welcher für das Akafö vorgesehen ist. Dieser beträgt an der Ruhr-Universität 110 Euro

und liegt so deutlich über denen anderer nordrhein-westfälischer Universitäten, sowie im stichprobenartigen Vergleich auch über denen anderer bekannter Universitäten in ganz Deutschland. In NRW liegt dieser Unterschied zwischen 10 Euro und 30 Euro. Ebenfalls wird thematisiert, dass das Akafö großzügige, und auch wachsende Rücklagen hat. Dabei berufen sie sich auf Zahlen aus dem Jahr 2018, da der aktuellste, verfügbare Geschäftsbericht aus diesem Jahr stammt. Gleichzeitig stünden den Universitäten und Förderwerken staatliche Mittel und besondere Fonds zur Verfügung. In Anbetracht all dieser Tatsachen bittet der Arbeitskreis, und somit die Unterzeichnenden, das Akafö einerseits darum, die derzeitige Finanzplanung offenzulegen (statt, wie üblich, erst im nächsten Jahr) sowie darauf basierend zu begründen, warum eine Senkung zur Entlastung der Studierenden, zumindest auf den NRW-Durchschnitt, nicht möglich sei. Andererseits bitten sie darum, dass auch unabhängig von der aktuellen Situation aufgeschlüsselt wird, weshalb die Ruhr-Universität



Gemeinsame Aktion vieler Fachschaftsräte: Ein Schreiben ans Akafö ging raus. Symbolbild

den mit Abstand höchsten Beitrag vorzuweisen hat. Besonderer Fokus soll dabei darauf liegen, dass trotz wegfallenden Angebots und somit ausbleibenden Kosten, keine Veränderung des Beitrags stattfand, und ob die hier eingesparten Kosten zum Beispiel stattdessen in Kriseninterventionsmaßnahmen fließen. Die Höhe des Beitrages basiere auf dem Solidaritätsprinzip, ebenso wäre jedoch eine Senkung des Beitrages ein Beweis der Solidarität mit den Studierenden. Zum Abschluss wird erneut darauf hingewiesen, wie auch im restlichen Schreiben bereits deutlich ist, dass es sich hierbei nicht um Schuldzuweisungen handelt, sondern ein Versuch eine offene und konstruktive Kommunikation herzustellen, die bisher über die Social-Media-Kanäle des Akafö nicht vorhanden gewesen sei. Das Schreiben wurde an Manuela Hildebrand von der Unternehmenskommunikation des Akafö, sowie den Geschäftsführer Jörg Lüken gesendet. Eine Kopie erhielt außerdem Rektor Prof. Dr. Axel Schölmerich.

:Jan-Krischan Spohr

FINANZIERUNG

Trotz BAföG-Reform weniger Geförderte

Ein Jahr nach Inkrafttreten der BAföG-Reform zeigt sich, dass das Ziel, mehr Studierende zu erreichen, nicht erreicht werden konnte.

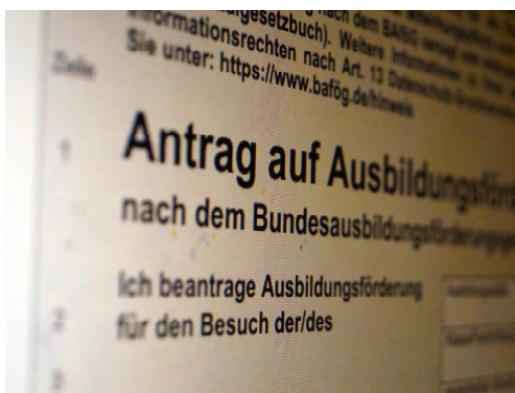
Auch 2019 sank die Zahl der Studierenden, die BAföG erhielten erneut, wenn auch die Höhe der geförderten Beträge um durchschnittlich 21 Euro stiegen. Insgesamt bezogen 489.000 Studierende die Hilfen, was 28.000 weniger Geförderten im Vergleich zum Vorjahr entspricht, ein prozentualer Rückgang von 5,5 Prozent. Dies geht aus Zahlen des statistischen Bundesamts hervor. Die BAföG-Reform, die ab 2019 die Förderbeträge sowie die Elternfreibeträge in drei Stufen an hob, konnte damit dem mittlerweile siebenjährigen Trend nicht entgegenwirken. Die Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) begründete den Rückgang der Gefördertenzenzahlen mit der wirtschaftlich guten Lage im Jahr 2019.

Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks (DSW) sieht grundlegenden Reformbedarf: „Mehr als 70 Prozent der Studierenden beenden ihr Studium erst im zweiten Semester nach der Regelstudienzeit. Bei der Finanzierung der Studienkapazitäten über den ‚Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken‘, früher Hochschulpakt genannt, wird diese Tatsache inzwischen anerkannt. Das muss endlich gleichermaßen für das BAföG gelten.“ Der DSW fordert daher eine Verlängerung der Förderhöchstdauer um zwei Semester zusätzlich zu einer weiteren Erhöhung der Frei-

beträge, um wieder mehr Studierende zu erreichen.

Noch weiter geht der „freie Zusammenschluss von student*innenschaften“ (fzs). Sie fordern sogar eine Abschaffung der Förderhöchstdauer. Außerdem müsse an der Bürokratie geschraubt werden. So erklärt Jacob Bühler, Vorstandsmitglied des fzs: „Ein weiteres Problem ist die Antragsstellung, die dringend vereinfacht werden muss. Langfristig werden wir den Rückgang des BAföG nur mit einer grundlegenden Reform aufhalten können, hier muss dann auch das Kreditsystem überdacht werden – das BAföG sollte zum Vollzuschuss werden.“ Als BAföG 1971 eingeführt wurde, war die Studienhilfe schon einmal ein Vollzuschuss. Erst 1990 unter der schwarz-gelben Koalition Helmut Kohls wurde es zu einer Förderung geändert, die zu 50 Prozent aus einem Darlehen und zu 50 Prozent aus einem Zuschuss besteht.

:Stefan Moll



Langer und komplizierter Antrag: Studierendenvertretungen sehen einen abschreckenden Faktor.

Bild: stern

Es gibt Geld fürs Nichtstun

Stipendium. Stipendien stehen im Ruf, vor allem für Überflieger gemacht zu sein und wirken gerne auf Studierende abschreckend, die weder die besten Noten noch den beispielhaftesten Studienverlauf haben. Auf das Gefühl, immer mehr tun zu müssen und zu können antwortet nun die Hamburger Hochschule für bildende Künste (HFBK) mit einem Stipendium, das das Nichtstun belohnt. Es geht dabei um die Frage „Welche Handlungen kann ich unterlassen, damit mein Leben keine negativen Folgen für das Leben anderer hat?“ Anstatt nach Erfolg und Wirksamkeit, solle man heutzutage nach Folgenlosigkeit streben und sich fragen, wie man auch dadurch einen gewünschten Zustand erreichen kann. Die drei Gewinner:innen werden von einer vierköpfigen Jury ermittelt und erhalten je 1.600 Euro. Außerdem werden sie im Rahmen der Kunstaussstellung „Schule der Folgenlosigkeit. Übungen für ein anderes Leben“ von Projektinitiator Friedrich von Borries vorgestellt. Ganz ohne ein paar Finger in die Tasten zu hauen, geht jedoch auch die Bewerbung für das Nichtstun-Stipendium nicht. Denn zumindest ein paar Fragen muss man beantworten: „Was wollen Sie nicht tun?“ „Wie lange wollen Sie es nicht tun?“ „Warum ist es wichtig, genau das nicht zu tun?“ und „Warum sind sie der*die Richtige, das nicht zu tun?“ Die Bewerbungsfrist dauert noch bis zum 15. September und steht für jede:n offen. Weitere Infos auf tinyurl.com/nichtstun-stipendium.

:stem

ONLINE-SEMESTER

Ohne Präsenz kein Visum

Dass Studierende aus dem Ausland ihr Semester in Deutschland verbringen, wird als unnötiges Risiko eingestuft.

Während weite Teile des öffentlichen Lebens schon seit einiger Zeit wieder unter Auflagen mehr oder weniger normal stattfinden können, ist ein gewöhnlicher Uni-Alltag mit Präsenzlehre noch nicht in Sicht. Die Online-Lehre stößt auf durchwachsenen Anklang und ein großer Teil der Studierenden wünscht sich eine baldige Rückkehr an den Campus. Doch mit dem Anrollen einer zweiten Welle schwindet auch der Realismus dieser Hoffnungen. Für die meisten wird das nur eine Verlängerung der allseits bekannten Home-Office-Probleme zur Folge haben, aber für ausländische Studierende stellt sich nun eine viel größere Bedrohung dar. Denn die Bundesregierung verlangt nun von ihnen einen Nachweis, dass es ihnen unmöglich ist ihr Studium durch die Online-Lehre vollständig aus dem Ausland fortzusetzen. Ausgenommen davon sind Studierende aus EU-Ländern und anderen Staaten mit besonders niedrigem Infektionsrisiko wie aktuell Australien, Neuseeland, Georgien, Kanada, Thailand, Tunesien und Uruguay, die alle derzeit auf einer sogenannten „Positivliste“ stehen. Nachdem in den USA die Pläne von Präsident Donald Trump, Studierende, die nicht notwendigerweise an Präsenzveranstaltungen teilnehmen müssen, aus dem Land auszuweisen, nach heftiger Kritik zurückgezogen

wurden, sorgte nun die deutsche Regierung für einige Empörung. Seit März galt die Beschränkung wegen der akuten Bedrohung durch Covid-19 bereits, doch nun wurde bekannt, dass diese Regelung nicht zum kommenden Wintersemester aufgehoben werden soll. Davon sind jedoch nicht Studierende betroffen, die bereits in Deutschland studieren und schon ein Visum erhalten hatten, sondern nur diejenigen, die sich neu für ein Studium in Deutschland einschreiben möchten. Da im kommenden Wintersemester an den meisten Universitäten eine Mischung aus Präsenz- und digitaler Lehre angestrebt wird, muss in jedem Einzelfall entschieden werden, ob der/dem Studierenden eine Einreiseerlaubnis zusteht. Kritik wurde daran geübt, dass durch diese Maßnahmen außer Acht gelassen wird, dass es bei einem Auslandsstudium nicht ausschließlich um das Aufnehmen von Lehrinhalten geht. Grünen-Abgeordneter Kai Gehring, auf dessen Anfrage an das Bildungsministerium hin die Regelung zur Visa-Vergabe bekannt gemacht wurde, gibt zu bedenken: „Austausch dient auch dazu, Kultur und Gesellschaft des Gastlandes kennenzulernen. Deutschland profitiert enorm von den Alumni in aller Welt, die eine Zeit lang hier studieren und forschen durften.“



Erfahrungen im Ausland sammeln? Nicht dieses Semester!

Symbolbild: haki

Zudem herrschen je nach Herkunftsland ungleiche Bedingungen für das Online-Studium aus dem eigenen Land heraus, denn die Beschränkungen sind von Staat zu Staat unterschiedlich und der Zugang zu ausreichender Literatur ist an manchen Orten nicht gegeben. „Was nutzt es einer Studentin in Indien, online an ihren deutschen Uniseminaren teilzunehmen, wenn sie nicht in die Unibibliothek gehen kann“, bemängelt Kumar Ashish, Sprecher des Bundesverbandes ausländischer Studierender und fordert eine Einreiseerlaubnis, sobald ein negativer Corona-Test vorliegt. Je nachdem wie verheerend die zweite Welle ausfällt, ist auch fraglich, ob eine teilweise Präsenzlehre über das ganze Wintersemester überhaupt zu realisieren ist.

:Henry Klur

SCHULBETRIEB

„Jetzt komme ich mir richtig verarscht vor“

Drei Wochen nach Wiedereröffnung der Schulen hebt die Landesregierung die Maskenpflicht im Unterricht auf – in den Schulen wird auch Unverständnis und Widerspruch geäußert.

Nachdem die Schulen in Nordrhein-Westfalen am 12. August im Regelbetrieb unter Corona-Bedingungen wieder öffneten, zeichnen sich erste Bestandsaufnahmen über die Rückkehr zu einer Präsenzlehre und bereits neue politische Entscheidungen ab. So verkündete Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) am Donnerstag, dass die Maskenpflicht während des Unterrichts für Schüler:innen und Lehrer:innen an weiterführenden Schulen nicht mehr über Montag, den 31. August hinaus verlängert werde, auf dem Schulgelände bleibe sie aber bestehen. NRW stellte mit der Maskenpflicht im Unterricht eine Ausnahme unter den Bundesländern dar; die Aufhebung derselbigen wird nun mit dem zurückgegangenen Anteil NRWs an den Neuinfektionen gerechtfertigt. Auch Bedenken, die das soziale Miteinander und das Wohlbefinden der Schüler:innen betreffen, sowie vereinzelte Klagen gegen die Maskenpflicht hatte es gegeben. Vorrangig werden nun jedoch Sorgen über die Abschaffung und klare Stimmen dagegen laut.

„Es bleibt ein schwieriges Thema, aber jetzt komme ich mir zum ersten Mal richtig verarscht vor. In allen Gebieten wird die Maskenpflicht angezogen und ihre Wichtigkeit betont, aber in der Schule ist es plötzlich

egal“, führt eine Lehrerin an einer Gesamtschule in Essen-Borbeck im Interview mit der :bsz aus. Besonders in Hinblick auf den nahenden Winter und den Mangel an angepassten, spezifischen Konzepten, sorgt sie sich und zieht in Betracht, dass einige Lehrkräfte, die beispielsweise Risikogruppen angehören, ohne Maskenpflicht keinen Unterricht mehr geben können würden. Aufgrund einer chronischen Einschränkung muss auch sie sich mit dieser Möglichkeit auseinandersetzen, obwohl sie selbst sogar in Zeiten des Kleingruppen-Unterrichts nach dem Lockdown noch weiterunterrichtet hat: „Die meisten Lehrer, ich auch, wir wollen wirklich gerne arbeiten. Und ich sehe, wie wichtig es für die Kinder ist, in der Schule zu sein“. Als Deutschlehrerin sei ihr und Kolleg:innen der viele Unterrichtsausfall vor den Sommerferien besonders bei den jüngeren Kindern aufgefallen; viele könnten sich nun viel schlechter konzentrieren und ausdrücken. Im Kollegium hätte man jedoch auch den Eindruck bekommen, dass Eltern wie Schüler:innen die Maskenpflicht zum Großteil bereitwillig annahmen; Proteste gab es keine und nach einem etwas befremdlichen ersten Tag sei auch schnell ein normaler Schulablauf entstanden. Die Schule in Essen ist nicht die einzige, die der Maskenpflicht zugeneigt scheint: Die Gustav-Heinemann-Gesamtschule, ebenfalls in unserer Nachbarstadt, gab beispielsweise bereits bekannt, dass sie die Pflicht zumindest bis zu den Herbstferien verlängern werde, da ein Einhalten des Mindestabstandes in den Klassenräumen nicht möglich sei. Laut unserer Quelle haben sich außerdem bereits einige Schulleitungen NRWs zusammengeschlossen, um Konzeptkonkretisierungen aus Düsseldorf einzufordern, ansonsten stehe auch eine Verweigerung im Raum. „Das ist natür-



Am vergangenen Donnerstag verkündete Ministerpräsident Armin Laschet die Abschaffung der Maskenpflicht im Schulunterricht.

Symbolbild

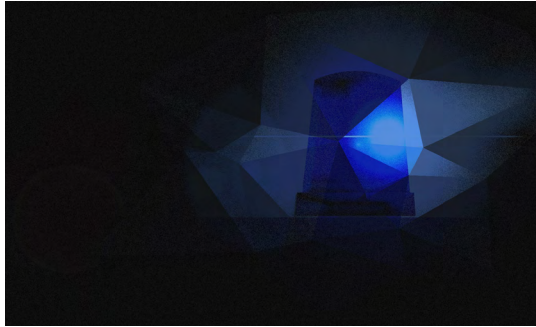
lich ziviler Ungehorsam, was dabei herauskommt, muss man sehen“, so die Gesamtschullehrerin. Als Konzeptmöglichkeiten, die im Falle einer Aufhebung der Maskenpflicht greifen könnten, nennt sie eine erneute Teilung der Gruppen oder extra Online- und Präsenztage. Unter anderem auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und Gesundheitsexpert:innen wie Christiane Thiele als Landesvorsitzende des Bundesverbandes Kinder- und Jugendärzte, kritisieren eine unvorsichtige, weil alternativlose Abschaffung der Maskenpflicht. Die kaum spezifischen bis fehlenden Hygiene- und Digitalisierungskonzepte für Schulen, begleitet von „zeitlosen“ Missständen, wie Platz- und Ausstattungsmangel oder Chancenungleichheit, werden in der Corona-Krise derweil schon länger angeprangert.

:Marlen Farina

„Clans“ und die Polizei

Seit Jahren geht die Polizei verstärkt gegen kriminelle Großfamilien vor allem in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Berlin und Bremen vor. Ihre Vorgehensweise sieht sich dabei mit Rassismusvorwürfen konfrontiert.

Als sogenannten „Clan“ definiert das BKA ethnisch abgeschottete Subkulturen, die in der Regel patriarchalisch-hierarchisch organisiert sind und einer eigenen Werteordnung folgen. Die angeblich kriminellen Großfamilien stammen meist aus dem arabischen Kulturkreis. Hier hört jedoch schon eine einheitliche Definition der „Clankriminalität“ auf. Die vier Bundesländer, die von diesem Problem betroffen sein sollen, NRW, Berlin, Bremen und Niedersachsen, haben eigene Maßstäbe, wie Täter:innen und kriminelle Aktivitäten eingeordnet werden. So wird sich in Bremen nur auf einen kleinen Teil der beteiligten Familienmitglieder konzentriert, in Niedersachsen hingegen reicht schon der gleiche Nachname, um in Verbindung mit kriminellen Familien gebracht zu werden. In der Kritik steht hierbei vor allem, dass in der Ermittlungsarbeit und Erfassung von Straftaten auf Herkunft und Familienname geachtet wird. Eine solche Sippenhaft, die sich auf die ethnische Zugehörigkeit konzentriert, sollte in Deutschland, vor allem in Anbetracht der eigenen Geschichte, eigentlich Skandal und Unmöglichkeit sein, sie ist jedoch leider Alltag. Häufig mischt sich in die Betrachtung von Experten auch eine Art Muslimfeindlichkeit hinein, denn es werden kriminelle Aktivitäten in Verbindung mit der islamisch-arabischen



Für den einen Schutz, für den anderen eine Gefahr: Die Polizei. Bild: bena

Herkunft von Straftätern gesetzt.

Durch die unterschiedlichen Maßstäbe der verschiedenen Polizeibehörden der Länder ist auch nicht wirklich klar, wie groß das Problem tatsächlich ist. Außerdem erschwert sich so auch eine Zusammenarbeit der Polizei auf Bundesebene. In der Rhetorik der Polizei finden sich häufig subjektive Äußerungen über „Respektlosigkeit“ gegenüber den Beamten:innen sowie das Gefühl, die Mitglieder von angeblichen Clans glauben, „die Straße“ würde ihnen gehören. Durch die Konzentration von Namen und Herkunft von Straftäter:innen werden die Statistiken zur „Clankriminalität“ aufgebläht. So reicht es schon, wenn ein 15-jähriger mit dem falschen Namen eine Kleinigkeit kauft, schon landet er im Register zur „Clankriminalität“. Auch Autokorsos von Hochzeiten, die von der Polizei angehalten werden, weil sie sich teilweise nicht an die Regeln des Straßenverkehrs gehalten haben, ohne dass sich dabei jemand verletzt hat, werden darin aufgenommen.

:Philipp Kubu

MEINUNG.

Während Rechtsextreme seit Jahren unbemerkt Waffen horten oder untertauchen können und nie gefunden werden, scheint sich die Polizei sehr auf die sogenannten „Clans“ zu konzentrieren, um das Gefühl von Sicherheit zu suggerieren.

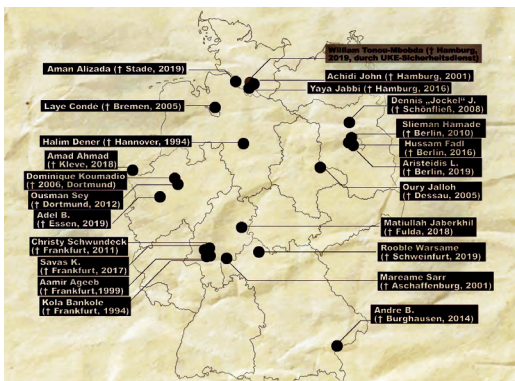
Der NSU konnte jahrelang mordend durch Deutschland ziehen. Waffen verschwinden und werden von Rechten in Lagern versteckt, während sie sich auf den „Tag X“ vorbereiten. Nazis, die mit Haftbefehl gesucht werden, können untertauchen, ohne je wieder gefunden zu werden. Hier ist die deutsche Polizei scheinbar machtlos. Hast du jedoch den falschen Namen oder stehst in Verbindung zu angeblich kriminellen Großfamilien, schon bist du im Fadenkreuz der Beamten. Während in den letzten Monaten immer wieder abgestritten wurde, dass die deutsche Polizei ein Rassismusproblem hat, gibt es kein besseres Beispiel für den systemischen Rassismus bei den Behörden als die Vorgehensweise gegen diese „Clans“. Vor allem NRW-Innenminister Herbert Reul schmeißt sich immer in die Action, wenn es mal wieder darum geht, Shisha-Bars zu durchsuchen und dabei höchstens mal unversteuerten Tabak zu finden. Dabei hat die Polizei auch oft das Gefühl, Mitglieder von angeblich kriminellen Großfamilien würden protzen, hätten keinen Respekt vor der Polizei und das Gefühl, die Straße würde ihnen gehören. Anstatt sich eitel an solchen Kleinigkeiten hochzuziehen, sollte etwas gegen tatsächliche Bedrohungen getan werden. Man hat das Gefühl, es fehlt der Wille.

:kubu

Eins, zwei Polizei

Im Juli hatte der Heimatminister eine Studie zu Rassismus bei der Polizei sowie „Racial Profiling“, die auf Anraten der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) initiiert werden sollte, abgesagt.

Die Polizei, dein Freund und Helfer. Doch auf welcher Seite steht sie momentan? Bis zum 20. August konnte eine Petition beim Bundestag unterzeichnet werden, damit das Thema im Petitionsausschuss behandelt werden könne. Denn nicht erst seit der Black-Lives-Matter-Bewegung hat die Polizei damit zu kämpfen, dass sie Menschen mit Migrationshintergrund anders behandeln würde als Menschen ohne. Die Polizei und Herr Seehofer sprechen davon, dass eine Studie nicht nötig sei, da „Racial Profiling“ verboten ist. Dennoch gibt es für solche Fälle keine Sanktionen.



Notwehr, Gewahrsam mit Todesfolge... – Eine Visualisierung migrantischen Opfer von Polizeigewalt.

Twitter: Enno Bonger; Bearbeitung: bena

Rechtsanwalt Blaise Francis El Mourabit stellt auf einer Kundgebung in Köln klar, dass Regelungen eingeführt werden sollten, dass Diskriminierungen auch sanktioniert werden können in Form von Bußgeldern zum Beispiel. Ebenso dürfe die Polizei ihre Bodycams nicht ausschalten können, wenn sie in Grundrechte eingreifen, denn dies ist aktuell machbar. Dies erschwert die Kontrollierbarkeit der Polizei. Vielmehr noch sei es so, dass einige Polizisten nicht ihren Namen oder die richtige Dienstnummer mitteilen, sodass eine Beschwerde erschwert wird und er als Anwalt nicht arbeiten könne. Eine Kennzeichnungspflicht sei deswegen von Nöten und wird auch vom Bundesverwaltungsgericht datenschutzrechtlich als vereinbar anerkannt. Doch das Wichtigste ist seiner Meinung nach, dass es immens wichtig sei, eine unabhängige Stelle, die gegen Ermittlungen von Polizeibeamt:innen zuständig ist, einzuführen. Er führt an: „Solche Ermittlungen sind nicht neutral. Denn dort ermittelt Polizei gegen Polizei. Kollege gegen Kollege.“ Das Bundesamt für Statistik gibt seiner These recht, denn aus einer Studie aus dem Jahre 2018 wurden rund 2100 Ermittlungsverfahren gegen Polizisten und Polizeigewalt gab und nur zwei Prozent dieser auch tatsächlich angeklagt wurden. Dies zeige noch verschärft, dass nicht Objektiv ermittelt würde und solche Verfahren im Regelfall mit einer Einstellung enden würden.

Ob nun am Bahnhof von der Bundespolizei oder mit dem Erstarken des NSU 2.0 mithilfe der Polizei indem sie Daten von Personen weitergibt, es ist Zeit für eine Änderung.

:Abena Appiah

MEINUNG.

Das Problem ist allseits bekannt und nichts Neues. Jeden Tag, werden am Bahnhof dieselben Leute kontrolliert. Vor allem Schwarzafrikaner:innen und sogenannte „Nafris“ dürfen sich gerne mal ausweisen und einer „Routinekontrolle“ stellen. Wie viele Routinekontrollen mussten eine Austra-

lien-Lisa oder ein BWL-Justus eigentlich mitmachen? Wahrscheinlich wenige bis keine, zum Glück! Denn das Koks können sie getrost dabei haben. Drogen nehmen ja nur „Andersausehende“ und kriminell sind solche Leute ja eh.

Wenn die Polizei also weniger Angst vor einer Bestätigung dieser Klischees hätte und viel mehr diese Studie als Entlastung sehen würde, dann könne man getrost im Nachhinein von einer gefühlten Wahrheit sprechen. Doch dieses „Nö lass mal sowas ist ja verboten so zu denken“ macht Euch nur verdächtiger und spricht eher dafür, dass die Polizei eher etwas zu verheimlichen hat als zu helfen. Zudem kommt hinzu, dass die Polizei sich nicht rühmlich damit gemacht hat, dass Mitarbeiter:innen persönliche Daten an die NSU 2.0 weitergeleitet haben und eine vernünftige Aufklärung verpasst hat.

:bena



REZENSION

Action im Rückwärts-gang

Mit Christopher Nolans „Tenet“ startete nun der erste große Blockbuster seit den zwischenzeitlichen Kinoschließungen. Eine mutige Entscheidung, die Bilder zeigt, die man so noch nicht gesehen hat.

Monat um Monat wurde dieser Film aus finanziellen Bedenken verschoben. Doch Nolan steht wie kaum ein:e andere:r Regisseur:in in Hollywood für das Kinoerlebnis und dessen Schutz vor den immer bedrohlicher erstarkenden Heimkinostarts. Für Viele wird dieser Film der erste Kinobesuch seit Beginn der Pandemie sein und man spürt förmlich, wie alles im Saal schreit: „Wir sind wieder da!“ Der dröhnende Sound scheint extra noch eine Spur lauter aus den Boxen zu tönen, um dem Publikum zu zeigen, was es in den letzten Monaten eigentlich verpasst hat. „Tenet“ versucht die Zuschauenden von der ersten Sekunde an mit aller Gewalt in seinen Bann zu reißen. In medias res wird man in ein Agenten-Spektakel geworfen und erst nach einigen Minuten von der ersten Erklärungsszene erlöst, während der man noch so sehr mit der Erholung von den ersten bombastischen Eindrücken beschäftigt ist, dass man gar nicht dazu kommt, sich auf die komplizierten Erläuterungen zu konzentrieren. Sofort stellt sich ein Gefühl ein, das sich durch die gesamten 150

Minuten des Films zieht: Verwirrung.

Nolan beschäftigt sich in seinem neuesten Werk wieder einmal mit seinem Lieblingsthema Zeit, die er schon in Dunkirk, Interstellar oder Memento hat verrückt spielen lassen. Diesmal läuft sie sogar rückwärts, was schwindelerregende Bilder erzeugt. Der namenlose Protagonist, gespielt von John Washington, muss an der Seite seines Kumpanen (Robert Pattinson) nichts Geringeres als einen möglichen dritten Weltkrieg verhindern. Oder so etwas Ähnliches, denn die konkrete Bedrohung bleibt ungewiss, da sie erst in der Zukunft stattfinden soll. Ja, die Zukunft selbst ist sogar der Feind, denn sie greift durch die Manipulation der Zeit in die Gegenwart ein. Zusammen mit dem narzisstischen Oligarchen Sator mit Gottkomplex (Kenneth Branagh) wollen die Menschen der Zukunft anscheinend ihre eigenen Vorfahren auslöschen, um Rache für deren rücksichtslose Lebensweise zu üben. Die Paradoxa sind endlos und wer versucht, die gesamte Logik des Films zu verstehen, wird bei der ersten Sichtung kaum noch dazu kommen, die Bilder zu genießen.

Während sich die Protagonisten von MacGuffin zu MacGuffin durch Schauplätze, die auf dem ganzen Globus verstreut sind, hangeln, fällt auf, dass alle Beteiligten durchgehend extrem schick gekleidet an extrem schicken Orten extrem gewichtige Gespräche führen. Nur um bei geheimen Missionen nicht aufzufallen, verkleidet man sich mit Arbeitsuniformen oder Warnwesten als normale Bürger. „Tenet“ bildet keineswegs das Publikum ab, das ihn sich



Die Zeit spielt verrückt: In „Tenet“ verläuft nichts linear.

Bild: haki

ansieht. Immer wieder werden joviale Bemerkungen darüber gemacht, ob man denn angesichts der vielen Fachausdrücke schon Schädelbrücken bekäme. Elizabeth Debicki antwortet auf die Frage, ob sie irgendetwas verstanden habe, stellvertretend für die Zuschauenden: „Nein, aber es hörte sich sehr wichtig an.“ Man bewegt sich durch eine Welt voller Wohlstand und Intellekt und soll darüber, genau wie über die rückwärtslaufenden Bilder, mit offenem Mund staunen. Wagt es mal ein Arbeiter, sich an dem grotesken Reichtum seiner Vorgesetzten zu bedienen, wird ihm zur Strafe für seine Gier mit einem Goldbarren der Schädel eingeschlagen. Gekämpft wird, wie üblich bei Nolan, für den Erhalt des Status Quo. Dass die Zukunft mit ihrer Schuldzuweisung an die Gegenwart vielleicht sogar Recht haben könnte, wird durch den Wahnsinn des russischen Bösewichts abgetan.

:Henry Klur

DOKUMENTATION

Das Urgestein der politischen Aktionskunst

„Schlingensief – In das Schweigen hineinschreien“ zeigt die Kunst des Oberhausener Künstlers, der viele Diskussionen auslöste.

Als Christoph Schlingensief vor zehn Jahren im Alter von 49 Jahren starb, hinterließ er eine Narbe in der deutschsprachigen Kunstlandschaft, die auch heute noch zu spüren ist. Denn vor allem im derzeitigen politischen Klima fragen sich viele, wie Schlingensief weitergemacht hätte. Er war bekannt für seine häufig provokanten, politischen Arbeiten, die den gesellschaftlichen Umgang mit Rechtsextremismus und die Erinnerung an die Nazi-Zeit thematisierten. Aktionen wie „Bitte liebt Österreich“, bei der Schlingensief als Antwort auf die Wahl der rechten FPÖ als zweitstärkste Partei und Koalitionsmitglied der Regierung sowie auf die erste Staffel der Serie „Big Brother“ einen Container installierte, bei dem Zuschauer:innen Asylbewerber:innen aus dem Land herauswählen konnten, haben zu seiner Zeit enorme Aufmerksamkeit auf sich gezogen und klingen auch heute noch nach.

Nun erschien die Dokumentation „Schlingensief – In das Schweigen hineinschreien“ von Bettina Böhler. Der Film verfolgt die Lebensstationen des Film- und Theatermachers von klein auf. Dabei werden hauptsächlich Ausschnitte seiner Arbeiten und Interviews mit dem Künstler verwendet. So liefert die Dokumentation einen guten, umfassenden Überblick auf das Werk Schlingensiefs und ist besonders für Personen geeignet, die mit seiner Kunst kaum vertraut sind, aber sich beispielsweise für politische Aktionskünstler:innen wie das Pengl-Kollektiv oder das Zentrum für Politische Schönheit interessieren. Schade ist, dass der Film selten Zeit für einen tieferen Blick auf eine Kunstaktion oder eine tiefere Diskussion seiner sehr kontroversen Kunstform zulässt. Auch ein Blick auf Schlingensief abseits von seiner Kunst lässt der Film vermissen. Einzig die Beziehung zu seinen Eltern wird durch Kommentare des Künstlers über seine Familie ein wenig beleuchtet.

Termin:Tipp

„Schlingensief – In das Schweigen hineinschreien“ läuft noch an mehreren Terminen im Endstation Kino. • Donnerstag, 3. September bis Montag 7. September sowie Mittwoch, 9. September, 20 Uhr. Endstation Kino, Wallbaumweg 108 Bochum. Eintritt 9€, erm. 7,50€. :Stefan Moll

REVIEW

Sie ist unsere Chaya

„Vom Asylheim in die Charts“ klingt wie ein Märchen oder die Geschichte von Nura Habib Omer. Ein Buch, das ihre Geschichte erzählt und zeigt, was die Wuppertalerin ausmacht.

Geboren in Kuwait und mit der eritreischen Mutter in ein anderes Land gezogen. Wir begleiten Nura dabei sich selbst zu finden, und was es mit ihr gemacht hat. Eine Künstlerin, die viele als rotzig und frech in Erinnerung haben, zeigt sich hier von einer ganz anderen Seite. Verletzlich und selbstreflektiert erzählt sie uns ihre Geschichte und nimmt uns mit von Wohnheim zu Wohnheim. Wer jedoch meint, dass man sich schlecht fühlen sollte beim Lesen, der:die Irrt. Vielmehr noch: man versteht nun die rotzige und freche Art, die SXTN und Nura's-Musik ausmachen, wesentlich besser. Stolz, selbstbewusst und geduldig. So kann man sie beschreiben. Eine Powerfrau, die sich ihren Weg sucht

und dafür auch das ein oder andere Hindernis in Kauf nimmt. Genau das macht sie so sympathisch und lässt beim Lesen den Eindruck zu, dass ein langes und intensives Gespräch mit einer sehr guten Freundin stattfindet, bei dem man nur zuhört und auf sich wirken lässt. Vielleicht geht sie mal nicht ins Detail, dafür ist man ihr aber auch nicht böse, denn jeder Mensch verarbeitet Erinnerungen anders, vor allem die, die sich negativ auf das Gemüt drücken. Man erlebt ein facettenreiches Leben einer jungen Frau, die ihr Ziel längst noch nicht erreicht hat und noch viel vorhat.



Dies ist ein Buch, das nicht alles verrät, jedoch genug, um die Person ein bisschen besser zu verstehen und kennenzulernen. Und auch, wenn einige beim Lesen enttäuscht sein werden, dass die Autorin nicht alles haarklein thematisiert

und anspricht, sollte man als Leser:in immer noch genügend Respekt vor der Person haben, dass sie uns ihre Geschichte erzählt. Denn auch die Leser:innen müssen sich klar machen, dass traumatische Erlebnisse nicht als Entertainment dienen sollten und müssen sich darauf eben einlassen können. :Abena Appiah

KOMMENTAR

Streaming Wars II – Angriff der Klondienste

Allet datselbe? Oder voll wunderbar, individuelle Schneeflocken? Was früher Sat.1, ProSieben, RTL, ARD, ZDF und Co. hieß, heißt heute Netflix, Disney+, AppleTV+ oder DC Universe. Die neue Sender-Kultur.



Vor gut einem Jahr und 40 :bsz-Ausgaben (:bsz 1223), haben wir Euch von dem bevorstehenden Kampf berichtet und durch Krise und Lockdown haben wir mit ihnen mehr Zeit verbracht als es uns eigentlich lieb ist: Streaming-Dienste. Die neue Generationsfrage: „Wieso zahle ich eigentlich noch GEZ? Ich guck doch eh kein Fernsehen. Nur Netflix“, und bei vielen trifft das zu. Wir hören weniger und weniger Radio, Fernsehen mit Werbeunterbrechungen wollen wir auch nicht mehr und illegal Serien online zu gucken, mit seinen tausenden Pop-Ups und langsam ladenden Streams, löst auch bei vielen Zuschauer:innen die Reaktion aus: „Da bezahlt ich lieber fünf Euro im Monat und guck das ohne Probleme“. Aber ist das wirklich alles so unproblematisch?

Bei der großen Vielfalt verschiedener Streaming-Anbieter mit verschiedenen Programmen (und Exklusiv-Titeln), fällt es schwer den oder die Richtige:n zu finden. Amazon und Netflix sind schon fest in der TV-Landschaft und haben ihren Weg bereits auf das Interface vieler Fernbedienungen gefunden, doch jetzt haben wir in Deutschland auch seit ein paar Monaten die Möglich-

keit, die Dienste Disney+, AppleTV+ und viele weitere zu benutzen. Doch die Vielfalt erschlägt einen fast. Und wenn man schon die Übersicht über die verschiedenen Streaming-Anbieter verliert, wie soll man dann noch den Überblick über all deren Serien behalten? Klar, Qualität setzt sich am Ende irgendwie durch, doch man exkludiert große Teile des potentiellen Publikums einer Serie, wenn man dafür erst wieder ein neues Abo abschließen muss.

Früher war es so: Es gibt Fernsehen und es gibt Premiere ... für Premiere geht man in die Bar oder zu Freund:innen, die diesen Dienst nutzen. Sich selbst ein Abo zuzulegen, für viele unnötig und undenkbar. Eher was für die großen Fußball-Fans. Heute ist Premiere: Sky beziehungsweise Sky Go. Und eine weitere Einreihung in die länger werdende Liste der Video-On-Demand-Streaming-Dienste.

Und das was früher noch sehr zögerlich passierte, geht heute ganz einfach: Das Probe-Abo. Eine Woche, einen Monat, ein Jahr umsonst?

Wenn man dann auch noch für einen längeren Zeitraum gezwungen ist zuhause zu sitzen und fern zu sehen (das C-Wort) ist so ein kostenloses Probe-Abo natürlich besonders schnell abgeschlossen. Eine Hürde weniger. Jetzt hat man dafür aber die Qual der Wahl! Wenn man potentiell alle Serien sehen möchte, die man so sehen muss, ist das irgendwann mit erheblich vielen, monatlichen Kosten verbunden. Die Woche, der Monat oder das Jahr sind schneller vorbei als man es merkt und auf einmal zahlt man schon die monatlichen Kosten. Gut, zumindest hier gibt es eine Verbesserung und die meisten Dienste lassen sich schnell und bequem kündigen, aber schlimmer: Jetzt habe ich eine Serie auf AppleTV+ gesehen und würde die gerne Freund:innen und Familie empfehlen, aber ich weiß,



Film- und Serienprogramm – Alles nur eine Kopie, einer Kopie, einer Kopie?
Bild: fufu

dass ich keine Person davon überzeugen werden kann, sich scheiß AppleTV+ zu holen. Das würde ich auch nicht mal wollen.

Lange Rede kurzer Sinn: Durch die gesamte Aufspaltung der verschiedenen Anbieter mit verschiedenen Programmen haben wir einfach eine neue Form der Senderkultur. Nur, dass man jetzt für jeden Sender einzeln zahlt. Und monatlich. Während man früher nach dem Kauf des Endgerätes mehr oder weniger loslegen konnte, kann und muss man sich jetzt immer mehr Erweiterungen zulegen, um Spaß im Flimmerkasten zu haben. Und das Internet darf auch nicht lahmliegen.

Und anderen Leuten Dinge empfehlen, geht auch nicht mehr so einfach.

Ich frage mich: Wie viel haben wir von Filmen und Serien, wenn sie keiner sehen kann?

:Christian Feras Kaddoura

KOMMENTAR

Einreisen? Ja/Nein!

Studierende aus dem Ausland müssen weiterhin seit Anfang der Pandemie nachweisen, dass sie auch wirklich vor Ort sein müssen für ihr Studium. Eine Frechheit von Seiten der Bundesregierung und auch ein Stinkefinger an den internationalen Austausch der Forschung.



Wer momentan Schuldige für die derzeitige Situation sucht, sucht mit hoher Wahrscheinlichkeit vergeblich. Immer wieder

hört man zwar in Form einer orangenen Witzfigur, dass China womöglich das Virus auf uns herabgesetzt hat, um uns alle zu zerstören; wirklich glaubhaft ist das aber nicht. Trotz allem wird auch in Europa immer wieder mit dem Finger über die Grenze gezeigt – die anderen haben das Virus, nicht wir. Der Schengen-Raum wurde dicht gemacht, was in der Geschichte Europas vorher noch nie so vorgekommen ist, und innerhalb Deutschlands versucht Bayern eine eigene Grenzpolizei aufzustellen, um das Virus aufzuhalten. Immer scheinen die anderen das Problem, nie wird das eigene Verhalten

hinterfragt oder die eigenen Maßnahmen überdacht. Diese gleiche Attitüde von „die dahinten sind schuld“ scheint auch bei dem Einreiseverbot für Studierende zu gelten. Es muss doch möglich sein, dass, wenn wir täglich Menschen aus ihrem Malle-Urlaub feucht fröhlich mit einer Flasche Rotkäppchen vom Flughafen abholen, wir auch einzelnen Studierenden die Einreise gewähren unter den Bedingungen, die alle Menschen nach der Einreise aus Risikogebieten haben.

Der Versuch die Situation durch Maßnahmen wie Grenzkontrollen und Einreiseverbote in den Griff zu bekommen erscheint mir sinnlos. Vielmehr schädigt es den internationalen Austausch Studierender untereinander und schafft Grenzen innerhalb der Forschung, die vor allem dort nicht existieren sollten. Das Privileg einer globalisierten Welt sollte als Privileg gesehen werden und nicht verworfen werden, um ein Gefühl der Sicherheit zu erhalten, welches bei genauerer Betrachtung nur bei einem Gefühl bleibt. Ein internationaler Austausch Studierender sollte auch in Zeiten von Corona möglich sein, unter Berücksichtigung gewisser Auflagen, die bereits existieren und deren Umsetzung mehr oder weniger funktioniert. Fest steht, dass auch in Zeiten der Krise Symbolpolitik oftmals mit Maßnahmen verwechselt wird, die Wirkung zeigen. Im Falle der Einreiseverbote für Studierende hat das Symbol wohl Vorrang über Rationalität.

:Gerit Höller

KOMMENTAR

Wasserwerfer funktionieren auch bei Nazis

Rechtsextreme stürmen eine Polizeibarrikade und posieren mit Reichsflagge vor dem Reichstagsgebäude. Wie konnte dies möglich sein?



Viel klarer kann es nicht sein: Was das Vorgehen der Polizei bei Demonstration vorgeht, gibt es extreme Unterschiede, je nach politischer Ausrichtung. Während linke, und zugegebenermaßen radikal linke Proteste, wie diejenigen zu G20 2017 in Hamburg oder die seit Jahren stattfindenden Ende Gelände Aktionen, damit rechnen können, mit höchstmöglicher Gewalt und dem Einsatz von Pfefferspray und Wasserwerfern behandelt zu werden, dürfen Rechtsextreme weiterhin tun, was sie wollen. Einzelne Fälle in Ostdeutschland, bei denen Demonstrationen der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ erlaubt wurde, Pyrotechnik auf ihrer Demo zu verwenden sowie das Verbot von Uniformierung auf Demonstrationen schnell einfach ignoriert wurde, zeigten bereits, dass Rechte auf ihren Demos Möglichkeiten haben, von denen Linke

nur träumen können. Die Demonstration von Corona-Leugner:innen und Gegner:innen der Maßnahmen am Samstag, den 29. August in Berlin ist das aktuellste Beispiel. Während eine Hanau-Gedenkveranstaltung in der Woche zuvor erst am Vortag verboten wurde (eine beliebte Taktik, um Einspruch vor Gericht unmöglich zu machen), hatten die Organisator:innen hier nach dem vorläufigen Verbot lange genug Zeit, um Einspruch zu erheben, der auch stattgegeben wurde. Immer wieder dementierten außerdem Polizei und Verfassungsschutz, dass die Demonstration von Rechtsextremist:innen unterwandert seien. Während eine MLPD-Flagge auf einer Fridays for Future Demo, trotz klarer Distanzierung seitens der Organisator:innen also reicht, um von einer Unterwanderung durch Linksradikele zu sprechen, ist es scheinbar zu vernachlässigen, dass für die #b2908-Demo auch von praktisch allen einschlägigen rechtsextremen Parteien, Organisationen und Schlüsselpersonen zu einer Teilnahme geworben und aufgerufen wurde. Jeder Neonazi, Faschist oder anderweitig zu bezeichnende Rechtsextreme, der etwas auf sich hält, war da. Mit Reichsflagge in Schwarz-Weiß-Rot im Gepäck und mit offensichtlicher Lust auf Gewalt. Das alles führt dann zu Bildern wie denen vor dem Reichstag. Die Polizei hat kein Problem, die Polizei ist das Problem.

:Jan-Krischan Spohr



Kommunalwahl Bochum – ein Überblick



Ab an die Urnen oder Briefkästen: Am 13. September finden die Kommunalwahlen statt
Bild: fufu

Am 13. September sind Kommunalwahlen, natürlich auch in Bochum. Was das ist, wer wählen darf und wie das alles

In einem Turnus von fünf Jahren wird kommunal gewählt. Wahlberechtigt sind alle Bürgerinnen und Bürger, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Die letzte Kommunalwahl war in NRW 2014. Damals wurde die Wahlperiode einmalig um ein Jahr verlängert, damit mehrere Wahlen zusammengelegt und an einem Tag stattfinden können, welche genau davon betroffen sind und was genau die einzelnen Wahlzettel zu bedeuten haben, findet ihr detaillierter in den untenstehenden Boxen.

Wie läuft das ganze ab? Grundsätzlich bekommt

jede wahlberechtigte Person eine Wahlbenachrichtigung, die über Datum, die Wahl selbst und das Wahllokal informiert. Diese solltet ihr seit über einer Woche haben, da sie 21 Tage vor der Wahl bei den Wähler:innen angekommen sein muss.

Solltet ihr am Wahltag keine Möglichkeit haben, Euer Stimmrecht zu nutzen, könnt ihr noch bis zum 10. September um 10 Uhr die Briefwahl beantragen. Dazu schreibt ihr entweder eine E-Mail an wahlbuero@bochum.de oder ihr geht auf die Website der Stadt Bochum und füllt den Online-Wahlscheinantrag aus. Wenn ihr die Frist verpasst, könnt ihr sogar bis zum 11. September persönlich ins Briefwahlbüro am Gustav-Heinemann-Platz 2-6 gehen und den Antrag ausfüllen. **:Kendra Smielowski**

INTEGRATIONS-AUSSCHUSS

Auch beim Integrationsausschuss werden Listen gewählt. Hierbei ist jedoch nicht jeder, der in Bochum gemeldet ist, berechtigt zu wählen, sondern es gibt genaue Bestimmungen. Wer genau Wahlberechtigt ist, kann man auf der Seite der Stadt

Bochum nachlesen. Wahlberechtigte werden selbstverständlich auch in ihrer Wahlbenachrichtigung darüber in Kenntnis gesetzt. Der Ausschuss ist speziell für alle Angelegenheiten zuständig, die Einwander:innen betreffen.



BEZIRKS-VER-TRETUNG

Die sechs Stadtbezirke Bochums (Mitte, Wattenscheid, Nord, Ost, Süd, Südwest) bekommen ebenfalls jeweils einen unterschiedlichen Wahlzettel. Dort wählt ihr die Listen der jeweiligen Parteien. Die Bezirksvertretung ist unter anderem dafür zuständig öffentliche Anlagen im Bezirk, wie Sportanlagen, Altersheime und Schulen zu unterhalten, sowie Angelegenheiten, die das Stadtbild betreffen zu klären.

OBERBÜRGERMEISTER:IN

Bei der Oberbürgermeister:in-Wahl habt ihr eine Stimme. Ihr wählt dabei eine:n Kandidat:in direkt. Es gibt neun Kandidat:innen, voraussichtlich haben Christian Haardt (CDU) und der amtierende Bürgermeister Thomas Eiskirch (SPD/Grüne) die besten Chancen. Oberbürgermeister:in wird, wer mehr als 50 Prozent der Stimmen erhält. Schafft dies kein:e Kandidat:in, kommt es am 27. September zu einer Stichwahl. Der:Die Oberbürgermeister:in steht dem Stadtrat vor und er:sie repräsentiert die Stadt nach außen.

STADTRAT

Das Wahlgebiet Bochum besteht aus insgesamt 33 Wahlbezirken, die jeweils einen individuellen Wahlzettel bekommen. Hier wird jeweils ein:e von einer Partei aufgestellte:r Direktkandidat:in gewählt. Basierend auf den insgesamt erhaltenen Stimmen setzt sich der restliche Stadtrat dann aus den Kandidat:innen der sogenannten „Reservelisten“ der Parteien zusammen. Der Stadtrat hat die Aufgabe Entscheidungen auf kommunaler Ebene durchzusetzen, über den Umgang mit Geldern, sowie soziale und bauliche Maßnahmen zu entscheiden.



RUHRPARLAMENT

Zusätzlich zur Kommunalwahl werden in der Metropolregion Ruhr erstmals auch die Mitglieder des Ruhrparlaments, welches die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr ist, direkt gewählt. Zuvor wurden die Mitglieder von den Stadträten und Kreistagen

entsandt, es war also ein sogenanntes Entsendeparlament. Hier wird ebenfalls genau eine Stimme für eine Liste abgegeben. Es soll eine gemeinsame Vertretung aller Städte und Kreise des Gebietes bilden, sowie die Kommunikation untereinander verbessern.

IMPRESSUM

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Ron Agethen, Talha Demirci

Redaktion dieser Ausgabe: Abena Appiah (bena), Christian Feras Kaddoura (fufu), Henry Klur (hakl), Kendra Smielowski (ken), Jan-Krischan Spohr (kjan), Gerit Höller (kiki), Philipp Kubu (kubu), Marlen Farina (mafa), Stefan Moll (stem),

V.i.S.d.P.: Stefan Moll

Anschrift:

bsz
c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de

Im Netz: www.bszonline.de,
facebook.com/bszbochum
twitter.com/bszbochum
instagram.com/bszbochum

Bildnachweise: S.1 Anreißer Polizei: stem, Anreißer Auto: bena, Viren: bena; S.4 Redner: bena; S.5 Buch: bena; S.6 Wahlkreuz: CC0; S.7 Urne: CC0

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer



Kommunalwahl Bochum – Die Parteien

FDP

Alles muss digitaler werden, heißt es für den Kandidaten Felix Haltt, der in Bochum bei der Kommunalwahl 2020 für die FDP an den Start geht. Die Corona-Krise habe gezeigt, wo die digitalen Defizite liegen und besonders auffällig seien diese Defizite an den Bochumer Schulen gewesen, weshalb man diese und weitere Bereiche wie Bürgerbüros oder Kulturveranstal-

tung künftig besser auf den digitalen Betrieb vorbereiten muss. Generell heißt es bei der FDP und ihrem Kandidaten Haltt: „Bochum braucht eine Politik, die rechnen kann.“ Da Bochum bereits vor einem großen Schuldenberg stehe, müsse man mit dem Geld was eingenommen wird, vernünftig haushalten. Das möchte die FDP in Bochum besser machen. :fufu

SOZIALE LISTE

Die Soziale Liste ist ein Zusammenschluss linker und sozialistischer Bochumer*innen und versteht sich als „alternativ, solidarisch, antifaschistisch“. Sie setzt sich für eine Grundsicherung für alle Bürger*innen ein als auch für die Gleichbehandlung von sozial benachteiligten Menschen und kritisiert die Kürzung von Geldern für städtische Leistungen. :stem

DIE STADTGESTALTER

Die Stadtgestalter stehen für Bürgerbeteiligung und die effiziente Verteilung von städtischen Geldern und sehen die Politik der vergangenen Jahre als fehlgeleitet. Sie bringen häufig große Gestaltungsideen in die Diskussion, Beispielsweise wollen sie eine Seilbahn zwischen der Ruhr-Uni und Langendreer und einen Dächerpark in der Bochumer Innenstadt errichten. :stem

CDU

In einem interaktiven Wahlprogramm wirbt die CDU in dieser Wahl mit „CDU“. Bürger:innen können die einzelnen Programmpunkte der Partei liken und auch ihre Meinung direkt äußern. Der Fokus des Wahlprogramms liegt auf Sicherheits-

Familien- und Verkehrspolitik. In ihrem Programm sind dabei Dinge aufgelistet wie: Ausbau des ÖVPN, Ausbau von Ganztagschulen, bedarfsgerechte Öffnungszeiten für KiTas und weiteres. Eher weniger konkret wird es bei Umwelt- und Sozialpolitik sowie Kulturpolitik. :kiki

UWG

Die unabhängige Wähler-Gemeinschaft (UWG) ist ein Zusammenschluss unabhängiger Wähler:innen, die sich selbst als frei von Parteiideologien bezeichnen. Sie setzen ihren Fokus auf höhere Mittel für Bezirke und längere Bürger:innensprechzeiten. Zentral in ihrem Programm ist die Sanierung von Bildungseinrichtung sowie qualifiziertes Personal für diese, Ausbau von Sportanlagen und eine Senkung der Gewerbesteuer. Eher weniger im Fokus stehen Umwelt-, Verkehrs- und Kulturpolitik. :kiki

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Die Grünen treten in Bochum prominent mit einem Ausbau der Radwege um 100 Kilometer an. Auch wollen sie Biotonnen verpflichtend einführen und eine Biogasanlage bauen. Für Studierende soll ein kostenloses

Bochum-Ticket eingeführt werden. Ein weiterer Programmpunkt ist die Einführung einer sexualpädagogischen Erziehung in allen Altersstufen, die bereits früh Konsens-Prinzipien vermittelt. :stem

DIE PARTEI

„Für Bochum reicht's!“, meint Die PARTEI Bochum, der Ableger der Partei, die mit ihrem Spitzenkandidaten Martin Sonneborn im Jahr 2014 ins EU Parlament einziehen konnten und der im Jahr 2019 wieder ins EU Parlament eingezogen ist. In Bochum ist Nils-Frederick Brandt der Kandidat der PARTEI. Vergangene Woche konnte man am Wahlkuschelstand der PARTEI an der Huestr./Ecke Hellweg in Bochum von 12 bis 18 Uhr seine eigenen DIY-Plakate machen. „Auch du kannst ein Plakat gestalten“, hieß es auf einem dieser für diesen Anlass gestalteten Plakate. Doch nicht nur für Bochum soll es reichen, sondern auch für Wattenscheid. Endlich denkt mal wer an Wattenscheid! Denn wie lautet ein weiteres Motto von Die PARTEI: „Wählt die PARTEI – sie ist sehr gut!“ :fufu

SPD

Im Wahlprogramm der Sozialdemokraten lassen sich als Schwerpunkte die Schaffung von Arbeitsplätzen durch sozialdemokratische Strukturpolitik in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften sowie Integrations- und Gleichstellungspolitik erkennen. Auch stellt die SPD ein umweltpolitisches Konzept vor, das die Minimierung von Hitzeinseln und Vergrößerung von Naturschutzgebieten vorsieht. Weniger Fokus wird auf Sicherheitspolitik und Förderung von Kleinunternehmen sowie Verkehrspolitik gesetzt. :kiki

DIE LINKE

Die Linke startet in Bochum mit dem Oberbürgermeisterkandidaten Amid Rabieh. Bei Rabieh heißt es: „Alle in Bochum sollen ohne Existenzängste gut leben können.“ Die fünf wichtigsten Punkte, für die die Bochumer Linke eintreten will, lauten:

- 1.) Wohnen bezahlbar machen;
- 2.) Armut bekämpfen;
- 3.) Privatisierung stoppen;
- 4.) Verkehrswende für alle;
- 5.) Mehr Mitbestimmung wagen. Die Bezirksvertretung in Bochum-Mitte übernehmen Sven Ratajczak (Listenplatz 1), Mehtap Yildirim (Lp 2) und Kai Guse (Lp 3).

:fufu

BOCHUM BLEIBT NAZIFREI

Wir haben uns als Redaktion dazu entschieden, die Programme von Parteien wie der AfD und NPD aufgrund ihrer Verbindung zu und Mitgliedschaft von Personen, die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wurden, nicht aufzulisten. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in einer

freiheitlichen Demokratie keinen nennenswerten Stellenwert und wir konnten im heutigen sowie im historischen Kontext keinerlei sinn-gemäße Rechtfertigung zur Einbindung ihrer Programme in unserer Ausgabe finden. Dies wollten wir offenlegen und klarstellen.

:Die Redaktion